

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

5. August 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Gesellschaft 9-5 Uhr. Verleger: Dornbrats-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507.

## Rededuell Schlieben-Höpfer-Archoff.

### Endkampf um den Finanzausgleich.

Der Reichstag beendet heute die zweite Lesung des Steuergesetzes.

Das Haus bewilligt zunächst fünf Abgeordneten den nachgefragten längeren Urlaub und setzt dann die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und Gemeinden fort.

Abg. Koenen (Komm.) lehnt den Entwurf wegen seiner Tendenz ab, die durch Ausbündung neuer Lasten auf die Versorgungsbetriebe dahin zielt, den Konsumenten die notwendigen Bedarfsartikel Gas, Wasser und Elektrizität zu verteuern.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) begrüßt die Verbesserung des Ausschusses, daß die Reichspost von den Gemeinden zu Wegebaukosten herangezogen werden kann. Der Redner begründet dann den demokratischen Antrag, der die Aufnahme folgender Bestimmung in das Gesetz fordert:

„Das Steueraufkommen aus Betrieben und Verwaltungen, die lebenswichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen, zu deren Befriedigung die Bevölkerung auf diese Betriebe und Verwaltungen angewiesen ist (Versorgungsbetriebe), wird den Gemeinden (Gemeindeverbänden) und Ländern, die diese Versorgungsbetriebe entweder selbst betreiben oder im Wege der Konzessionierung betreiben lassen, überwiesen.“

Damit schließt die Aussprache. Ein Antrag Kulekamps (D. Vp.), der auch die öffentlichen Versorgungsbetriebe, die lebenswichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen, der Körperschaftsteuer unterwerfen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Dr. Fischer (Dem.) wird dann mit 346 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Die Vorlage wird unter Ablehnung der übrigen Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen. Es folgt dann die zweite Beratung des

### Finanzausgleich-Gesetzes.

Das Gesetz bestimmt nach den Vorschlägen des Ausschusses, daß die Länder vom 1. Oktober 1925 ab von dem Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer drei Viertel erhalten, von dem Aufkommen an Umsatzsteuer bis zum 31. März 1926 35 Proz., dann 30 Proz. Die Beteiligung der Gemeinden regelt die Landesgesetzgebung. Nach einem Antrag der Regierungsparteien soll den Ländern und Gemeinden für ihre Anteile an den erwähnten drei Steuern in den Jahren 1925 und 1926 ein jährlicher Mindestbetrag von 2100 Millionen garantiert werden.

In der Vorlage wird weiter bestimmt, daß der Mietzins spätestens am 1. April 1926 die Höhe der Friedensmiete erreicht haben muß.

Die bisherige Hauszinssteuer wird nach der Vorlage als Steuer vom bebauten Grund und Boden von den Ländern und Gemeinden erhoben. Ihr Ertrag wird nur zu einem Teil zur Förderung der Wohnbaufähigkeit verwandt und dient im übrigen den allgemeinen Bedürfnissen der Länder und Gemeinden.

Nach den Ausschlußbeschlüssen sollen Länder und Gemeinden nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes die Befugnis erhalten, vom 1. April 1927 ab selbstständig Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer festzusetzen. Vor Erlass des Gesetzes sollen als Unterlagen für dieses u. a. vorliegen Aufstellungen über Einnahmen und Ausgaben der Länder und Gemeinden, insbesondere über die Verwaltungsausgaben im Jahre 1925 und im ersten Halbjahr 1926 sowie über die entsprechenden Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 1913.

Die Landesregierungen und ihre Kommunalaufsichtsbehörden haben zum Zweck der Herstellung einer Uebersicht über Einnahmen der Länder und Gemeinden die Eingänge der überwiesenen Reichsteuern, Landessteuern, Gemeindesteuern und sonstigen Abgaben vierteljährlich aufzuzeichnen und dem Finanzminister mitzuteilen. Dieser ist berechtigt, von den Landesregierungen Auskünfte über Einnahmen und Ausgaben der Länder, insbesondere die Verantwortung von Fragebogen sowie Einsicht in die Haushaltspläne und Jahresrechnungen alljährlich lediglich zu Zwecken der statistischen Verarbeitung zu verlangen. Das gleiche Recht sollen Beauftragte des Finanzministers gegenüber den Gemeinden haben.

Zur Begründung der Vorlage spricht Reichsfinanzminister v. Schlieben:

Das Gesetz über Änderungen des Finanzausgleichs bildet infolge des Abschluß der Steuerreform, als es zum Ziel hat, das Steueraufkommen zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden zu verteilen. Eine Verständigung zwischen dem Reich und den Ländern hat sich bisher nicht erzielen lassen. Die Reichsregierung ist nunmehr bereit, noch einen weiteren Schritt zu tun, indem sie den Ländern und Gemeinden bis zur Einführung der Zuschläge zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer Ueberweisungen bis zur Höhe von 2100 Millionen Reichsmark garantiert. Gegenüber der Kritik begründet der Minister die Richtigkeit der von ihm schon wiederholt gegebenen Zahlenaufstellungen und Schätzungen. Er weist den Vorwurf der Ueberschätzung zurück und versichert, daß er der erste sein werde, der für eine weitere Steuerherabsetzung eintreten würde, wenn tatsächlich wegen Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage höhere Steuerbeiträge eingehen würden als zur Bilanzierung des Etats erforderlich sind.

Die Länder wollten dem Reich Schritt für Schritt die Einkommenbesteuerung wieder abnehmen. Diesem Ziel glaubt die Reichsregierung aus außenpolitischen sowie aus wirtschaftlichen und steuerpolitischen Gründen entgegenzutreten zu sollen. Die

Basis der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches auf dem Gebiete der Steuern (Erzbergers Steuerreform) müsse unbedingt aufrechterhalten werden.

Bei alledem sei zu bedenken, daß es sich gegenwärtig nur um eine vorläufige Regelung handle. Die endgültige Lösung des Finanzausgleichs soll den Ländern und Gemeinden ein Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bringen. In der Zwischenzeit wird das Reich sich Unterlagen für die endgültige

Regelung des Zuschlagsrechts beschaffen, wobei ihm nichts ferner liegt, als etwa eine Einmischung in die den Ländern obliegende Aufsicht über die Gemeinden. Zum Schluß betont der Minister erneut, daß es die Reichsregierung nach wie vor besonders begrüßen würde, wenn es gelänge, mit den Ländern auf der allgemeinen Grundlage der Beschlüsse des Steuerausschusses zu einer Verständigung zu kommen. (Beifall rechts.)

Bei den darauf folgenden Ausführungen des preußischen

### Finanzministers Höpfer-Archoff

kam es wiederholt zu lebhaften Unterbrechungen, die besonders von der rechten Seite ausgingen. Der preußische Finanzminister wandte sich gegen das Kompromiß, das den Ländern und Gemeinden 21 Millionen geben will. Den Ländern würde dadurch jede Hoffnung auf das Mehrertrömen aus einer entwicklungsfähigen Steuer genommen werden. Er mache den folgenden Gegenvorschlag: das Reich solle den Ländern 75 Prozent aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer geben, dafür würden die Länder auf die Garantie verzichten, von der Umsatzsteuer wüßten die Länder 35 Prozent und hier müßte das Reich ein Aufkommen von 500 Millionen garantieren. Die Länder haben den Wunsch, mit dem Reich zu einer Einigung zu kommen und die politischen Schwierigkeiten zu beseitigen. Der jetzige Vorschlag der Länder bedeute für sie ein großes Opfer, nachdem sie ihre früheren Steuern aufgegeben haben. (Lärm rechts.)

Um einen Ausgleich der Schäden, die ihnen das Steuerkompromiß zuzumute, zu erzielen, würden die Länder gezwungen sein (Zuruf rechts: Zu paren!), die Realsteuern stark anzuspinnen. Es sei nicht damit zu rechnen, daß die Hauszinssteuer eine Milliarde zur Deckung des Finanzbedarfs erbringen werde. Die vorige Regierung dürfe das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, durch ihre Sparmassnahmen den Haushalt saniert zu haben. Aber es bestehe doch ein Unterschied, bei der Möglichkeit zu sparen zwischen dem Reich und den Ländern. Das Reich habe die aufgebauten Verwaltungen besonders der Eisenbahn und der Post abgebaut. Es habe außerdem die verschiedenen Lasten besonders für die Schule auf die Länder und die Gemeinden abgehoben. Die größten Posten der Ausgaben bei der preußischen Regierung würden durch das Innenministerium und der Schule beansprucht. Beim Innenministerium besonders durch die Schule, die werden Sie doch nicht beseitigen wollen. (Zuruf links: Doch. Zuruf rechts: Nein.) Preußen habe seit 60 000 Strafgefangene gegenüber 40 000 in den Vorkriegsjahren.

Die Schule erfordere höhere Ausgaben, trotzdem die Klassenfrequenz von 45 auf 50 heraufgehoben worden sei. Insbesondere habe das früher so kümmerliche Gehalt der Schullehrer erhöht werden müssen. Auch die Gemeinden haben viel größere Lasten als früher zu tragen. Die Kosten für Wegebau usw. seien jetzt erheblich höher. Die Wohlfahrtspflege erfordere 25-30 Proz. der Gesamteinnahmen. Man dürfe nicht aus der günstigen Lage einiger Gemeinden den Schluß auf die Gesamtheit der Gemeinden ziehen. Es gibt wohl einige wohlhabende Gemeinden, aber auch sie zehren heute von den Ueberflüssen des vergangenen Jahres.

Der preußische Finanzminister schließt seine mit allgemeiner Spannung aufgenommenen Ausführungen mit folgender Erklärung: Unser Vermittlungsvorschlag bedeutet die letzte Grenze des Möglichen. Ich habe nicht nur für Preußen gesprochen. Eine Konferenz der Finanzminister der Länder hat am Montag einmütig den preußischen Vorschlag zugestimmt. Wir würden es aufs tiefste bedauern, wenn wir vor die Notwendigkeit gestellt sein würden, vom Reichsrat aus gegen die Beschlüsse des Reichstags Einspruch zu erheben zu müssen. Wir bitten Sie, uns das zu ersparen!

Nach dem preußischen Finanzminister ergreift der bayerische Gesandte v. Preger das Wort. Er schließt sich der preußischen Erklärung an und unterstreicht sie kräftig. Dann nimmt der sächsische Finanzminister Reinhold das Wort.

### Das Befinden Dr. Davids.

Genosse Dr. David verbrachte in der Charité eine gute Nacht. Eine gründliche Untersuchung des Patienten wird erst nach einigen Tagen vorgenommen werden. Weitere Blutungen sind nicht eingetreten. Ein augenblicklicher Grund zur Besorgnis besteht nicht.

### Die Danziger Regierungsbildung.

#### Die Verhandlungen vor dem Abschluß.

Danzig, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen den Mittelparteien und der Sozialdemokratie zur Bildung einer parlamentarischen Regierung stehen kurz vor dem Abschluß. Bevor die eigentlichen Verhandlungen begannen, legten das Zentrum, die Liberale Partei und die Sozialdemokratie ihre Regierungsprogramme vor, über die dann eine gemeinsame Besprechung erfolgte. Das Ergebnis dieser Besprechungen wurde in einem Protokoll niedergelegt, das als Grundlage für das Regierungsprogramm dient. Sobald die beteiligten Fraktionen dazu Stellung genommen haben, soll die Bildung des neuen Senats offiziell erfolgen. Es ist nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen anzunehmen, daß die endgültige Einigung sehr schnell erfolgt, und die Bildung einer Regierungskoalition der Mitte ermöglicht wird.

### Judenverfolgung in Rumänien.

#### Dogromifiken an der Arbeit.

Bukarest, 5. August. (T.) Ueber jüdische Unruhen in Rumänien wird berichtet: In Jassi wogte gestern den ganzen Tag über eine große Menschenmenge auf den Straßen und griff die jüdischen Geschäfte an, so daß das Militär eingreifen mußte. In Bukarest demonstrierten Studenten, doch sind die Demonstrationen hier ruhig verlaufen, weil rechtzeitig Militär ausgesendet war.

## Hugenbergs Ablenkungsversuch.

### Die Verantwortung für Teuerung und Krise.

Herr Hugenberg hat in seiner Presse einen publizistischen Feldzug begonnen, dessen Ziel es ist, die Frage der Verantwortung für die täglich wachsende Teuerung und die drohende wirtschaftliche Krise zu verdunkeln. Seit dem Beginn des Jahres regiert in Deutschland eine ausgesprochene Rechtsregierung, die unter dem Einfluß der Interessenten in Industrie und Landwirtschaft steht. Unter dieser Regierung hat sich die wirtschaftliche Lage verschlimmert. Die Preise steigen, die Lebenshaltung der Bevölkerung sinkt. Der Konsum wird eingeschränkt. Die Absatzmöglichkeiten für die Unternehmungen werden eingengt. Eine ernste wirtschaftliche Krise scheint heraufzuziehen.

Im wesentlichen gibt es für diese ungünstige wirtschaftliche Entwicklung zwei Ursachen: die mangelnde Kaufkraft der Massen der konsumierenden Bevölkerung in Deutschland und der Mangel der Wirtschaft an Betriebskapital. An beiden Umständen trägt die Industrie, zu der Herr Hugenberg gehört, ein wohlgerichtetes Maß von Schuld. Die Einengung der Kaufkraft der Bevölkerung ist die Nachwirkung jener großen Ausraubung des Volkes durch die Gewinner der Inflation in der Inflationszeit, die Folge der volkswirtschaftlich kurzfristigen Lohnpolitik des Unternehmertums. Der Mangel der deutschen Wirtschaft an Betriebskapital hat seine Ursache ebenfalls in der Inflationszeit. Die Spekulation auf die Entwertung der Mark, die Ausnutzung der Inflation zur Bildung unorganischer Konzerne, die in der Entstehung des nunmehr vertriehenen Stimmischen Privatkonzerns ihren Höhepunkt erreichte, hat zur Zerstörung eines großen Teiles des deutschen Volkvermögens geführt. Sie hat das Sparkapital vernichtet, das ein inneres Reservoir für das Betriebskapital der Wirtschaft darstellte.

Die Verantwortung für die Ursachen in der Vergangenheit an dem trübsamen wirtschaftlichen Zustand, in dem wir uns befinden, lastet auf den Wirtschaftskreisen, die die Stabilisierung zur rechten Zeit verhindert haben. Diese Wirtschaftskreise stehen hinter den Parteien, die die Rechtsregierung von heute stützen. Herr Hugenberg gehört zu diesen Kreisen.

Abhilfe kann geschaffen werden nur durch Stärkung der Massenkraft, durch Zuführung des nötigen Betriebskapitals an die Wirtschaft. Die Zuführung von Betriebskapital darf nicht auf Kosten der Massenkraft erfolgen. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Rechtsregierung jedoch gefährdet die Gefundung der Wirtschaft. Sie führt zur Teuerung, zur weiteren Einschränkung der Massenkraft. Damit werden nicht nur die Absatzmöglichkeiten für die deutsche Produktion auf dem inneren Markt eingengt, es wird vielmehr die Bildung von Sparkapital unmöglich gemacht. Herr Hugenberg vertritt diese Wirtschaftspolitik, nur wird sie ihm von der Rechtsregierung nicht entschieden und nicht brutal genug durchgeführt.

Auf der Industriekonferenz in Düsseldorf führte Geheimrat Silverberg aus, daß die deutsche Wirtschaft auf lange Jahre hinaus das fehlende Betriebskapital durch rein finanzkonstruktive Maßnahmen ersetzen müsse unter Heranziehung ausländischen Geldes. Die Industrie könne nicht arbeiten ohne Vorleistung. Herr Hugenberg will diese Vorleistung mit Hilfe des Staates aus den Massen der Verbraucher herauspressen. Steuerliche Begünstigung der Industrie, Abbau der Sozialpolitik, künstliche Teuerung durch Hochzölle sind die Mittel, die er dafür angewandt wissen will.

Die Wirkungen einer solchen Wirtschaftspolitik zeigen sich heute schon. Die ständig steigende Teuerung, die Vorzeichen einer ersten wirtschaftlichen Krise sind darauf zurückzuführen. Wird diese Wirtschaftspolitik im Sinne Hugenbergs verschärft fortgeführt, — und die Reichstagsmehrheit ist drauf und dran ein Finanz- und Zollgesetzgebungswert zu schaffen, das in dieser Richtung liegt — so wird eine schwere Krise unvermeidlich werden.

Herr Hugenberg fürchtet diese Krise, noch mehr, daß die Verantwortung dafür vom Volke mit Recht der Wirtschaftspolitik der Rechtsregierung zugeschoben wird. Er unternimmt eine Ablenkungsoperation. Er möchte die Schuld an den Ursachen der Krise, die in der Vergangenheit liegen, der Sozialdemokratie zuschieben. Er behauptet lähnen, die Vernichtung des Sparkapitals sei die Folge „der verheerenden Jahre sozialistisch durchgeführter Wirtschaftspolitik“, „Sozialismus sei gleichbedeutend mit Inflation“. Nun haben die Erscheinungen der Inflationszeit weder mit Sozialismus noch mit sozialistischer Wirtschaftspolitik das geringste zu tun. Herr Stinnes war so wenig Sozialist wie Herr Hugenberg und die Männer der Schwerindustrie, die aus der Inflation Nutzen gezogen haben und die sich — leider mit Erfolg — den von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation und zur Stabilisierung der Währung widersetzt haben, zu einer Zeit, als das deutsche Sparkapital noch nicht völlig vernichtet war. Herr Hugenberg schiebt Tatsachen der Vergangenheit, um die Aufmerksamkeit von den Tatsachen der Gegenwart abzulenken. Die Tatsachen der Gegenwart sind, daß eine Rechtsregierung am Ruder ist, deren Finanz- und Wirtschaftspolitik das Volk in eine schwere wirtschaftliche Krise, in Teuerung, Arbeitslosigkeit und Not hineinführt. Eine Tatsache der Gegenwart ist, daß Herr Hugenberg diese Rechtsregierung auf diesem verhängnisvollen Wege vorwärts zu treiben versucht.

Wäre in Deutschland nicht eine Rechtsregierung am Ruder, sondern eine Regierung der Linken oder auch nur eine Regierung der Mitte, so würde Herr Hugenberg in seiner Presse die ganze Verantwortung an der heutigen Wirtschaftslage auf diese Regierung wälzen. Dann würde er die Wirtschaftspolitik in der Gegenwart verantwortlich machen für die Leuerung von heute und die kommende Not von morgen. Aber die Partei des Herrn Hugenberg sitzt in der Regierung. Sie ist die stärkste Partei in der Rechtsregierung. Sie trägt die Verantwortung für den Kurs dieser Regierung in der allgemeinen Politik wie in der Wirtschaftspolitik. Sie trägt die Verantwortung für die Leuerung und den trübsamen Zustand der Wirtschaft. Diese Tatsache wird kein Ablenkungsmanöver verdunkeln — selbst wenn Herr Hugenberg in eigener Person sich um die Verdunkelung bemüht.

## Landwirtschaftliche Preispolitik.

### Ein Stück wirtschaftspolitische Demagogie.

Seit Wochen sind die politischen Parteien übereingekommen, daß die Ausfuhrverbote auf Getreide und Mehl aufgehoben werden müssen. Die Sozialdemokratie hat sich in ihrem programmatischen Antrag ausdrücklich für diesen Schritt, Abbau der letzten Reste der Zwangswirtschaft und zum Anschluß an den Weltmarkt ausgesprochen. Demgegenüber hat der Reichsernährungsminister erklärt, er werde die Ausfuhrverbote aufheben, sobald die neue Ernte an den Markt käme. Denn vorher würde nicht die Landwirtschaft, sondern nur der spekulative Getreidehandel vom Anschluß an den Weltmarkt Nutzen ziehen.

Inzwischen ist die neue Ernte seit mehr als einer Woche am Markt, aber die Ausfuhrverbote bestehen noch immer. Dagegen teilt eine Korrespondenz heute mit, daß sie „mit der Annahme der Zollvorlage oder bei Vertagung des Reichstages“ aufgehoben werden sollen. Also nicht nach sachlichen, sondern nach politischen Gesichtspunkten.

Was sind die Motive hierfür? Sie liegen auf der Hand. Das Reichslandwirtschaftsministerium hofft, durch das Angebot der neuen Ernte am Inlandsmarkt die Getreidepreise zu drücken und so neue Scheinargumente für die Zollvorlage zu finden. Daß dieses Verfahren, wenn es im vollen Umfang geglückt wäre, dem spekulativen Getreidehandel durch Öffnung der Grenzen große Gewinne auf Kosten der Landwirtschaft in den Schoß werfen mußte, war dabei natürlich gleichgültig. Trotzdem sind bisher die Preisabschläge ziemlich gering geblieben. Sie betragen in den letzten acht Tagen immerhin 5 bis 10 Proz. Die Politik der Regierung, die zu Rotverkäufen gedrangten ärmeren Landwirte zugunsten der Spekulationsgewinne des Handels und der späteren Zollgewinne der besser gestellten Landwirte zu enteignen, ist bisher also nur zu einem Teil geglückt. Trotzdem hofft man noch immer. Vielleicht kann die Kreditnot und der aus ihr sich ergebende Preisdruck auf dem Inlandsmarkt doch noch ein Zollargument in letzter Stunde abgeben.

Darum bleiben die Ausfuhrverbote, bis das Schicksal der Zollvorlage entschieden ist. Das ist vielleicht das stärkste Stück wirtschaftspolitische Demagogie, das die Regierung sich in diesem Zollkampf bisher erlaubt hat.

## Zentrum und Zollpolitik.

### Forderungen katholischer Arbeiter.

Düsseldorf, 5. August. (Wrb.) Eine Bezirkskonferenz der katholischen Arbeitervereine Düsseldorfs richtete an die Reichstagsfraktion des Zentrums eine Rundgebung, in der u. a. gesagt wird:

„Die katholische Arbeiterschaft hält eine weitere Befastung des täglichen Bedarfs durch Zölle für untragbar. Sie begrüßt den Schritt der Arbeiter-Zentrumsabgeordneten hinsichtlich Aufhebung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel.“

## Staatlicher Spielklub.

Jedes Bad, das nur etwas auf sich hält, hat neben seiner selbstverständlich prachtvollen Umgebung irgendeine Attraktion, sei es eine Burgmauer, ein mondänes Leben oder ein vorbildliches Kurorchester. Zoppot, der Stolz des Freistaats Danzig, verfügt über einen staatlichen Spielklub.

Man kennt diese Einrichtung genau aus dem Sittenfilm, in dem vielleicht ein Bruno Kastner mit eingeklinkten Nummern seinen Vermögen verliert oder ein Johannes Niemann mit würdigem Lebensernt es seinerseits gewinnt; ferner schrieb anständige Zeitungen vor einigen Jahren unentwegt lokale Beiträge über geheime Spielhöhlen, in denen einige Leute nach allen Regeln sentimentaler Hintertreppensromane um den letzten Rest ihrer Valuta oder Kofainpekulation gebracht, schließlich auf ein Auto verladen wurden und auf dem Polizeipräsidium landeten.

Auch in Zoppot gab es einmal Zeiten, in denen man vom Spielklub mit schauernden Gänsehäuten sprach. Sie sind lange dahin. Zuerst wollte man den Spielklub als unmoralische Angelegenheit schließen, sämtliche Parteien traten dafür ein, aber ein nächster Geschäftsmann siegte über altjüngferliche Bescheidenheit, man sah Gewinnmöglichkeiten, der Staat beteiligte sich an der bisherigen Unmoral, und die ganze Einrichtung erglänzte plötzlich in hellster Einheitsbeleuchtung. Keine Ungenauigkeiten kamen vor, jeder verlor auf völlig lokale Weise sein Geld. Aber ach, dieser staatlich funktionierte Spielklub gleicht gar nicht dem Bild, den Film oder Courtois-Röhler-Romanen davon entwarfen: Die wenigen Fracks und Smoking, die hier spazieren geführt werden, gehören Kellnern oder Croupiers. Eigentlich haben diese Herren die intelligentesten und die besten Kamieren zum größten Verdruß der anderen; die sogenannten feinen Leute tragen bescheidene Straßenanzüge, manche Gefächter sind sogar unraffiert. Aber auf den Fußboden zu spucken ist verboten. Manchmal sieht man auch ein gültiges Großaufmannsvesicht, dessen Inhaber gerne am Roulette oder am Baccarat dem Staat einen beträchtlichen aber gerechten Zuschuß zu seiner Einkommensteuer auf den Tisch legt. Der Spielklub übt ausgleichende Gerechtigkeit. Unterdrückte Vermögen bringen hier dem Staat größere Einkünfte als auf legalen Wege; sonst wimmelt es von Raufputzern verschiedenster Branche und Rationalität, hin und wieder „Richter“ ein heimlicher Beamter oder Oberlehrer am Roulette verübt. Gutsbesitzer mit frischen, roten Anzügen, Frauen in neuen und alten Aufzügen und scharf intellektuelle Hornbrillen erfreuen durch ihre Gegenwart und beleben anmutig das Panorama, Russen und Polen vertragen sich wunderbar, Hakenkreuzler und Zionisten trinken Brüderhand; zwischenin verdrängt man noch schnell einen Wagon Tabak oder ähnliches, man hört alle Sprachen und amüsiert sich ausgezeichnet, wenn man gewinnt.

Das Spiel auf dem Roulette ist nämlich einfach. Man soll immer die Nummer setzen, die gewinnt, damit es einem wohlgehe und man üppig leben auf Erden. Tut man das nicht, verliert man, was bei hartnäckiger Konsequenz sehr unangenehm werden kann. Im Baccarat muß man sich bemühen, immer mehr zu haben als der Gegner, schließlich ist man sich selbst der nächste. Das ist der kategorische Imperativ des Hazardspiels.

Am Roulette drängen sich die Rebbisgerisungen, Baccarat

weiter wird gefordert, noch einen Schritt weiter zu gehen, indem die alte Forderung, die Hauszinssteuer ausschließlich dem Wohnungszweck dienstbar zu machen, mit allem Nachdruck vertreten wird. Die Parteifreunde werden gebeten, die Steuerentlastung der Regierung abzulehnen, weil sie der steuerlichen Gerechtigkeit widerspricht. Schließlich wird in der Entscheidung auf das erschreckende Ausmaß der Not in der Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriebezirks hingewiesen, die vorwiegend durch die Arbeitslosigkeit infolge Massenbetriebsstilllegungen herbeigeführt ist. Man vermisst seitens der Regierung Maßnahmen zur Vinderung dieser Not.

## Der Optantenkrieg.

### Die Herrnhäuser dürfen nicht angetastet werden!

Die Rechtspresse überschlägt sich förmlich. Das traurige Schicksal der aus Polen vertriebenen Deutschen dient ihnen lediglich als Anlaß für innerpolitische Heße. Damit werden sie freilich kein Glück haben. Wo auf deutscher Seite die Schuld an Veräumnissen liegt, das ist zu klar, als daß darüber ernsthaft gestritten werden könnte. Der Revandekrieg gegen Polen wird mit dem Munde intensiv vorbereitet. Das Rundwerk ist um so größer, je sicherer man weiß, daß dieses Maulaufreißen zu gar nichts führt. Nur einen Vorschlag werden die Deutschnationalen ganz bestimmt nicht durchführen, trotzdem er eigentlich von ihrem Standpunkt aus außerordentlich nahelegen müßte. Das ist der Vorschlag der „Täglichen Rundschau“, die verlangt, daß in Zukunft polnische Arbeiter in den landwirtschaftlichen Bezirken der Grenzmark Pommerns und Brandenburgs namentlich während der Erntezeit keine Beschäftigung mehr finden sollen. Ausgerechnet hier nationale Gefinnung von den Deutschnationalen zu verlangen, ist nur möglich, wenn man die Herrschaften nicht kennt. Solange wie die Junker auf ihren Kitzchen hausen, haben sie immer noch polnische Arbeiter und Arbeiterinnen hundertmal lieber als deutsche beschäftigt. Die nationalen Redensarten in der deutschnationalen Presse sind schön und gut, aber viel wichtiger ist es für sie, billige Arbeitskräfte zu behalten. Und dazu sind die Polen trotz des Optantenkrieges immer noch sehr gut zu gebrauchen.

Wahlos erregt sich heute schon die „Kreuz-Zeitung“ über unsere Anregung, die aus Polen vertriebenen Optanten in den westpreussischen Gutsböden und Herrnhäusern einzuquartieren. Sie erhebt jetzt schon „schärfsten Protest dagegen, daß ausschließlich die ohnehin durch die Kurzsichtigkeit der Nachhaher im neuen Deutschland (!) mit Lasten überbürdete Landwirtschaft etwas zur Wiedergutmachung der Veräumnisse des sozialistischen Innenministers herangezogen wird“. Mit Verlaub! Wer am meisten den Mund aufreißt, muß auch am meisten leisten. Da brauchen sich die Herrschaften nicht wundern, wenn man an ihre „nationale Opferwilligkeit“ ganz besonders appelliert. Spricht die „Kreuz-Zeitung“ wirklich im Namen der Bon und Zu, der Grafen und Barone, die hinter ihr stehen? Lehnen diese es wirklich ab, ihre geräumigen Guts Häuser und Herrensitze für die Vertriebenen freizumachen, die nicht zuletzt wegen der Politik gerade dieser Kreise zu leiden haben?

Im Reichstage ist ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, im Einvernehmen mit den Regierungen der Länder dafür zu sorgen, daß a) den aus Polen flüchtigen Optanten angemessene Wohnräume und Arbeitsgelegenheit angewiesen werden, b) den Optanten, die Landwirtschaft betrieben haben, in ausreichendem Maße Belegerechtigkeit zur Siedlung gegeben wird.

Beim Preussischen Landtag ist ein Gesetzentwurf über das Verfahren bei Volksbegehren und bei Volksentscheiden eingegangen, der nur für Preußen Geltung hat.

spielen die gesamten Briestaschen. Dort herrscht wilde Wichtigtuerei, hier läßt, wohlgezielter Ruhe bei hohen Einsätzen, die mit einem heiteren und einem nassen Auge verloren werden. Die alte Wahrheit bestätigt sich: Viel Geld schafft Rüdgrat, verteilt Armut und Würde. Wie gelassen sitzen die Leute um ihre Baccaratstühle und wieweil Lärm und Geseires um wenigens. Am Roulette ist auch das Rauchen verboten. Das ist ungerecht gegen die kleinen Existenzen. Die Zigarre verleiht dem Menschen Haltung. Der Mensch läßt sich dann nicht so gehen, er saugt aus dem Tabak neue Energie, hat immer einen Gegenstand, an den er sich halten kann. Am Roulette gibt es außer der Tischante nichts zu halten. Die Croupiers spielen, man sitzt unbefähigt herum, weiß genau, daß die andere Farbe und Nummer gewinnt, wird darüber selbstverständlich aufgeregt und beginnt Streit mit dem gewinnenden Nachbar, behauptet, es sei das eigene Geld, schreit nach Staatshilfe und läßt sich nur schwer beruhigen.

Der Spielklub hat Neugierigkeit mit einem Seminar für experimentelle Psychologie. Bekannter angehend wird hier der psychische Unterschied der Geschlechter demonstriert. Die Frau ist von Natur aus geschickter als der Mann. Das ist ganz hübsch, aber im Spielklub weniger angenehm. Am schlimmsten ist die alte Frauen, die am Roulette oft eine bezwingende Tragikomik entwirft. Zuerst verschreiben sie eine unmenge Papier. Jede herauskommende Nummer wird gewissenhaft notiert, dann erfolgen tiefsinnige Berechnungen nach tabellarischer Methode mit Kreuz- und Quersätzen, bis das richtige System gefunden ist, und dann verliert man weiter oder der böse Nachbar behauptet, der Gewinn gehöre ihm. Dies ist der mundeste Punkt. Die Stimme überschlägt sich, das Gebiß rutscht, die Härchen auf der Oberlippe sträuben sich, die Finger wollen den erstickten Croupiers erdrosseln: Rosa Balletti oder Wale Sandroff können es nicht besser machen. Die Männer entstammen gemäßigteren Zonen, erleiden höchstens Schlaganfälle oder pilgern in das Land, aus des Bezirk kein Wanderer wiedertehrt.

Und alle die da sind, hoffen zu gewinnen, tragen gegenseitiger Versicherung, spielen um sich zu bereichern, oder um Sensationen zu erregen. Manche spielen auch nicht, suchen etwas anderes, flirrt, Liebesangagements oder gehen hin, um ernsthafte Geschäfte abzuschließen. Die Lust ist aufregend, geladen mit Leidenschaft, Zigarettenrauch und nicht immer einwandfreien Parfüms. Die Gestaltung des Lebens hat hier etwas Schieberhaftes, Abenteuerliches und Unnormales, so etwa, wie der kleine Rottich sich die drohe Welt vorstellt. Aber im Film ist alles eleganter. Schade, daß die Bretter und die Weinwand nicht mehr die Welt bedeuten, sehr zum Nachteil der Welt. Feliz Scherret.

Sieg der Frauenstimme. In London hat man in letzter Zeit Versuche angestellt, um festzustellen, ob die Stimme der Frau oder die des Mannes im Lautsprecher deutlicher hörbar ist. Auf Grund der Ergebnisse dieser Versuche sind jetzt im Londoner St. Pancras-Bahnhof Frauen zum Ausruhen der abfahrenden Züge angestellt worden. Durch Lautsprecher werden diese Ankündigungen in den Wartesälen dem Publikum vermittelt. Man hat nämlich festgestellt, daß die Frauenstimme trotz ihrer geringeren Tragfähigkeit und Klangkraft heller und deutlicher ist und deshalb im Lautsprecher besser zur Geltung kommt als die Männerstimme.

## Bacmeister und Leopold erklären . . .

### Geständnisse und falsche eidesstattliche Versicherungen.

Die deutschnationalen Herren Bacmeister und Leopold veröffentlichen in der heutigen deutschnationalen Morgenpresse die bereits am Dienstag morgen von uns angekündigte Erklärung. Sie übertrifft durch die sachliche Dürftigkeit, die sich hinter geschwollenem Pathos verbirgt.

Die beiden Ehrenmänner versichern, nicht aus parteipolitischen Zielen, sondern im Interesse einer „geordneten Rechtspflege“ zu handeln. Dabei beginnen diese Rechtschützer ihre Erklärung mit dem glatten Geständnis, ein Bureau finanziell ausgehalten zu haben, dessen Zweck die Verarbeitung aus den „Deutschen Werken“ gestohlener Aktien war. Für Kämpfer ums Recht eine ganz ansehnliche Leistung!

Im weiteren wird die Bekanntheit der Herren mit Assessor R u h m a n n zugestanden, sowie auch „zwei bis drei Besprechungen“. Dies Geständnis läßt sich nicht mit der Erklärung R u h m a n n s vereinbaren, er hätte niemals mit „Stellen der Deutschnationalen Volkspartei“ gearbeitet. Daß in diesen Besprechungen über die Barmat-Sache, die Herr R u h m a n n dienstlich bearbeitete, verhandelt worden ist, stellen die Herren nicht in Abrede. Sie bestreiten nur, daß ihnen R u h m a n n Dinge mitgeteilt hätte, die ihm in seiner Eigenschaft als unterforschender Staatsanwalt zur Kenntnis gekommen waren“. Daß Herr R u h m a n n hingegen dem von beiden Herren finanziell ausgehaltenen Bureau R u o l l und dessen Angestellten derartige Angaben gemacht hat, bestreiten die Herren nicht.

Die Herren greifen dann weiter das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidiums an, ein recht vergebliches Bemühen, nachdem selbst der deutschnationale „Total-Anzeiger“ feufzend hat zugestanden, daß dessen Handlungsweise durchaus in Ordnung war. In diesem Zusammenhang kommen die Herren Leopold-Bacmeister dann auch auf den „Vorwärts“ zu sprechen und sagen hier mäßig folgendes:

„Lag aber das Material den Behörden noch nicht längere Zeit vor, was allein dem Polizeipräsidium zur Abwendung der Verdunstungsgefahr das Recht gab, einen schnellen Schritt zu tun, dann ist die Frage anzumerken, auf welchem Wege der „Vorwärts“ am Tage der Hausdurchsuchungen Kenntnis von den beschlagnahmten Schriftstücken und dem Inhalt der Vernehmungen erhalten hat. Der „Vorwärts“ konnte nämlich in der gegen 3 Uhr nachmittags erscheinenden Ausgabe bereits den wesentlichen Inhalt der Vernehmungen wiedergeben, obwohl diese bis gegen 2 Uhr gedauert hatten. Die beiden Staatsanwälte und die beschuldigten Angestellten des Bureaus versichern an Eidesstatt, daß die Angaben des Amtlichen Preussischen Pressedienstes, wonach die Nachrichten über den Inhalt der polizeilichen Vernehmungen lediglich auf Angaben der Bernommenen beruhen, soweit ihre Personen in Betracht kommen, unwahr sind und daß die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Schriftstücke erst am Tage der Veröffentlichung in dem Bureau des Herrn R u o l l beschlagnahmt wurden.“

Wir können hierzu folgendes erklären:

1. Es ist unwahr — wovon sich jeder durch Nachlesen überzeugen kann —, daß der „Vorwärts“ in seiner Dienstagnachmittagsausgabe überhaupt irgendetwas über den Inhalt der Vernehmungen und bei den Hausdurchsuchungen der beschlagnahmten Schriftstücke veröffentlicht hat mit Ausnahme dessen, was die B. S. Korrespondenz auf Grund uns nicht bekannter Quellen hierüber der gesamten Presse mitgeteilt hat.

2. Der Inhalt der Vernehmungen und der beschlagnahmten Schriftstücke ist uns bis heute nicht bekannt. Alles, was wir zu dem Stand der Staatsanwaltschaft veröffentlicht, beruht entweder auf jenem Material, das zu unserer Kenntnis gelangte — worauf wir schon mehrfach hingewiesen — bevor es den Behörden zugeleitet wurde, teils auf Material, das überhaupt nicht in Besitz der Behörden sich befindet sondern uns direkt zugeht.

3. Sollten die beiden Staatsanwälte R u h m a n n und Casparj wirklich, wie die Herren Bacmeister und Leopold behaupten, in einer gültigen eidesstattlichen Erklärung versichert haben, daß die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Schriftstücke erst am Tage der Veröffentlichung im Büro des Herrn R u o l l beschlagnahmt worden

## Die Rehhaut als photographische Platte

Kurz nach der Verhaftung des Massenmörders Angerstein, die, wie ja erinnerlich sein wird, am Tage nach der Entdeckung des Verbrechens erfolgte, brachten einige Zeitungen die aufsehenerregende Mitteilung, daß man in den Augen eines der Ermordeten das photographische Bild Angersteins entdeckt habe, der ein Beil in der erhobenen Hand hält. Unwillig wurde diese Nachricht weder bestätigt noch bestritten.

Die Aufnahme von Bildern geht im Auge ähnlich vor sich wie in der Kamera. Deshalb ist die oben ausgesprochene Vermutung nicht ohne weiteres der Hand zu weisen. Eine so bedeutende Autorität wie Professor Greef in Berlin stellt jedoch die Möglichkeit, wie sie beim Fall Angerstein in Erwägung gezogen wurde, als unmöglich dar. Der „Bild“, eine illustrierte Zeitschrift, brachte vor einiger Zeit eine Darstellung der Auffassung Greefs, der wir folgenden entnehmen:

Im Jahre 1876 machte der italienische Augenarzt B o l l die Entdeckung, daß die Rehhaut von Mensch und Tier von einem roten Farbstoff durchzogen sei, den man später das Scharpurpur nannte. Aus dem Vorhandensein dieses Scharpurps schloß der verstorbenen Heidelberger Psychologe R u h n e dann, daß es möglich sein mußte, Lichtindrücke auf der Rehhaut festzuhalten und nach dem Tode durch Photogramm den letzten Eindruck des Auges zu fixieren. Das gelang ihm auch durch Experimente an einem Kanarienvogel mit erweiterter Pupille, dem er einen einfachen weißen Gegenstand dicht vor das Auge hielt. Nach 1,5 Minuten wurde das Auge rasch geschlossen und das Tier sofort getötet. Das Auge wurde nun wie eine photographische Platte fixiert. In dem roten Scharpurpur konnten dann die hellen Konturen des Gegenstandes erkannt und von dem so gewonnenen Bilde ein photographischer Abzug gemacht werden. Damit war erwiesen, daß die Rehhaut sich wie eine photographische Platte verhält.

Professor Dr. Greef behauptet nun, daß nur ganz einfache Gegenstände, wie z. B. ein weißes Kreuz oder ein weißer Buchstabe auf schwarzem Hintergrund, auf diese Weise im Auge photographiert werden könne, und auch dann nur, wenn sie mindestens 1,5 Minuten lang regungslos exponiert würden. Ferner müsse das Auge sofort geschlossen und ins Dunkel gebracht werden. Schon nach einer Verabregung von 1 bis 2 Minuten sei das Bild verschwunden.

Professor Greef meint, daß solche Bedingungen wohl niemals bei einem Verbrechen zusammenzutreffen würden. Es sei sicherlich nicht anzunehmen, daß der Mörder Angerstein 1,5 Minuten regungslos mit dem Beil in der Hand vor seinem Opfer gestanden habe, und selbst dann müsse das Bild längst wieder aus dem Auge verschwunden sein, da man die Leichen erst nach vielen Stunden auffand.

Dagegen wird allerdings eingewandt, daß es unmöglich sei, nachzuprüfen, welche geheimnisvollen Kräfte in einem so katastrophalen Moment am Werk sind. Es wird nicht gelingen, die mechanischen und chemischen Vorgänge, die den plötzlichen Tod eines Menschen oder eines Tieres begleiten, in allen Teilen zu erforschen. Es erscheint deshalb wünschenswert, wenn die Behörden noch nachträglich zu der im Falle Angerstein aufgestellten Behauptung Stellung nehmen und den wahren Sachverhalt der Öffentlichkeit mitteilen. Pierre Holl.

hien, so würden sich die beiden Herren durch Abgabe einer solchen eidesstattlichen Versicherung auf das Schwerste strafbar gemacht haben. Wir glauben indessen, daß Barmeister-Leopold diese „eidesstattliche Versicherung“ nur erfinden, um ihre eigenen Behauptungen etwas glaubwürdiger erscheinen zu lassen.

Der Hauptteil der Angriffe richtet sich gegen das preussische Justizministerium, gelungenerweise in erster Linie gegen den der Rechte nachstehenden Ministerialdirektor Hube r. Es verlohnt kaum, auf jene Angriffe einzugehen, die sich im wesentlichen auf die Abberufung der Staatsanwälte beziehen, aus deren Reihen schwere amtliche Verfehlungen begangen wurden. Wenn aber die Herren Barmeister-Leopold mit gemintem Pathos immer wieder so tun, als sollte eine zum Himmel schreiende Korruption gegen die strafrechtliche Verfolgung in Schutz genommen werden, so erklären wir: eine wirkliche Korruption wird der „Vorwärts“ oder die sozialdemokratische Partei niemals in Schutz nehmen. Unser Kampf richtete und richtet sich dagegen, daß der ganze sogenannte Barmat-Standal aus rein politischen Gründen ohne sachliche Unterlagen in Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Rechtsparteien inszeniert wurde, um die republikanischen Parteien bei der Reichspräsidentenwahl zu schädigen. Wir verweisen insbesondere auf folgende Dinge, die nach den amtlichen Stenogrammen des preussischen Untersuchungsausschusses feststehen, aber bis heute von der Rechtspresse ihren Lesern ängstlich verschwiegen werden:

Der als Sachverständiger vernommene Reichsbankdirektor Schacht hat erklärt, daß im Gegensatz zu den Antikler- und Michael-Krediten die Barmat-Kredite der Seehandlung an sich volkswirtschaftlich gerechtfertigt, nur seiner Ansicht nach zu hoch waren. Der ehemalige Seehandlungspräsident, Erzengel von Damböis, ein vollkommen altpreußischer Herr, erklärt die unter seinem Regime gegebenen Barmat-Kredite für volkswirtschaftlich absolut gerechtfertigt. Sein Nachfolger, der jetzige Seehandlungspräsident Dr. Schröder, erklärt, während seiner Amtsperiode niemals das Gefühl gehabt zu haben, daß Barmat die Seehandlung habe betrügen oder durch falsche Angaben täuschen wollen.

Wenn die Herren Barmeister und Leopold von der Verschleuderung „riesiger Willkürbeträge“ auch im Falle Barmat reden, so steht bis heute überhaupt noch nicht fest, ob ein Schaden und welcher entstanden ist. Sämtliche Beteiligten haben dem Ausschuss gegenüber bis heute eine präzise Beantwortung dieser Frage abgelehnt. Der von der Staatsanwaltschaft als Sachverständiger hinzugezogene Professor Beitzner hat sein Gutachten dahin erstattet, daß bis zum 31. Dezember 1924 die Barmat-Kredite in voller oder nahezu voller Höhe gedeckt waren und daß die Deckungen erst durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft stark entwertet worden sind. All das zeigt, daß es sich hier nicht um ein Vorgehen gegen irgendwelche Korruption, sondern um einen politischen Schlag gegen die Linksparteien gehandelt hat.

### Caspary bei Höfle.

Wessor Dr. Caspary schickt uns folgendes Schreiben, das er eine „Berichtigung“ nennt:

Wahr ist, daß ich — wie Rechtsanwalt Themat im „Berliner Tageblatt“ vom 30. Juli 1925 auf meine Information hin behauptet hat — weder mit der Verhaftung des Herrn Dr. Höfle noch überhaupt mit der Entscheidung gegen ihn befaßt, vielmehr im ganzen Barmat-Komplex niemals Dezentert war.

Sie zitieren dagegen einige Angaben, die der Staatsanwaltschaftspräsident Velger vor dem Untersuchungsausschuss gemacht hat. Der scheinbare Widerspruch erklärt sich aus folgender Tatsache: Als Herr Velger nach Richterfelde zu Herrn Dr. Höfle fahren wollte, bot er im letzten Augenblick Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Binde, einen Zeugen mitnehmen zu dürfen, da die Beamten der Staatsanwaltschaft in der damaligen Zeit allerlei Verhättnissen in bezug auf die Ausübung ihrer Amtspflichten ausgesetzt gewesen seien. In seiner Begleitung wurde ich bestimmt. Von der Fahrt nach Richterfelde lehrten wir ohne Herrn Dr. Höfle zurück. Argendwem materiellen oder formellen Einfluß auf diese ganze Angelegenheit hatte ich nicht und dürfte ich entsprechend der mir zugeteilten Aufgabe als Zeuge nicht beanspruchen.

Wessor Caspary muß in diesem Schreiben selbst zugeben, daß er bestimmt war, den Staatsanwalt Velger auf der Fahrt nach Richterfelde zur Hausauskunft bei Höfle und bei dessen eventueller Verhaftung zu begleiten. Er war also „dienstlich damit befaßt“ und die Abstreitung dieser Tatsache durch Rechtsanwalt Themat war demnach zumindest leichtfertig, wenn es sich nicht gar um gewollte Buchstabenklauberei handelt.

## Die marokkanischen Friedensbedingungen.

### Das spanisch-französische Programm.

Paris, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Tetuan behauptet auf Grund von offiziellen Informationen die Friedensbedingungen, auf die sich Frankreich und Spanien geeinigt hätten und die Abd el Krim durch Vermittlung der beiden nach Tetuan entsandten Emisariats zur Kenntnis gebracht worden seien, wie folgt präzisieren zu können: 1) Abd el Krim verpflichtet sich, die religiöse Souveränität des Sultans von Marokko anzuerkennen; 2) Frankreich und Spanien erkennen die administrative Autonomie des Rif an; 3) die beiden Mächte gestatten dem Rif die Unterdrückung einer ausreichenden Polizeimacht, um die Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten. Frankreich verpflichtet sich, die Cadres für diese Organisation zu stellen; 4) die vergrößerten Zonen von Ceuta und Melilla bleiben in vollem Besitz Spaniens; 5) die Grenzen des autonomen Staates des Rif werden gebildet im Westen durch eine Linie 20 Kilometer östlich der Eisenbahnstrecke Tanger—Tess, im Süden durch eine Linie, die durch die Flüsse Ouergha und Loukkos bestimmt wird; 6) die kleine Küstenzone zwischen der westlichen Grenze des Rif und dem Atlantischen Ozean soll entweder der Zone von Tanger angegliedert werden oder in das französische Protektorat aufgeteilt werden; 7) der Vertrag zwischen dem Rif einerseits und Spanien und Frankreich andererseits soll unter die Kontrolle des Völkerverbundes gestellt werden.

## Briand — Chamberlain.

### Die Gründe der Verschiebung der Londoner Besprechung.

Paris, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach den Meldungen aus englischer Quelle soll Briand entgegen den am Dienstag vom französischen Auswärtigen Amt verbreiteten Dementi tatsächlich die Abfahrt gehabt haben, schon am Mittwoch zu einer persönlichen Aussprache mit Chamberlain nach London zu kommen, diese Reise aber auf ausdrücklichen Wunsch des englischen Außenministers verschoben haben. Briand habe am Montag telephonisch anfragen lassen, ob Chamberlain in dieser Woche zwei Tage zu einer Aussprache über die Sicherheitsfrage Zeit habe. Der englische Außenminister habe jedoch teils aus persönlichen, teils aus sachlichen Gründen Briand um den Aufschub seiner Reise gebeten unter Hinweis auf die am Donnerstag im Unterhaus stattfindende Debatte.

## Stehen verboten . . .!

Aus London wird gemeldet:

Die Ueberfüllung der Autobusse, die auch in London einen schweren Uebelstand bildet, hat jetzt die Polizei der englischen Hauptstadt zu einem strengen Maßnahmenkatalog. Vom 4. August ab dürfen dort nicht mehr Fahrgäste bestiegen werden, als Sitzeleigenheiten in den Wagen vorhanden sind; in allen öffentlichen Verkehrsmitteln ist daher von diesem Tage ab das Stehen von Fahrgästen nicht mehr erlaubt. Nur für gewisse Tageszeiten sind einige Ausnahmen gestattet. Das Stehen von Fahrgästen ist ebenfalls erlaubt an den Wochentagen vor 8 1/2 Uhr morgens, dann von Montag bis Freitag zwischen 4 1/2 und 6 1/2 Uhr nachmittags sowie an Sonnabenden zwischen 12 1/2 und 2 1/2 Uhr nachmittags. Es darf aber dann die Anzahl der stehenden Personen nicht auf dem unteren Teil des Omnibusses oder ein Drittel der gesamten Fahrgäste in einer Straßenbahn nicht übersteigen.

Diese einschneidende Maßnahme des Londoner Polizeipräsidenten berührt einen sehr wichtigen Punkt des Londoner und auch — des Berliner Verkehrs. Es ist schon so: die überfüllten Autobusse und Straßenbahnwagen sind zu einer Gefahr für Leib und Leben der Fahrgäste geworden.

Es hört sich so nett und ordentlich an: 35 Sitze und 12 Stehplätze. Wie aber sieht die Praxis aus? Im Handumdrehen sieht sich der ohnmächtige Schaffner einer dreifachen Ueberlastung gegenüber, und auf dem Perron ist es so schreckenerregend eng, daß sich der Aussteigende mit den Ellbogen die Freiheit der Straße erkämpfen muß. Das dauert nun, je nach Beschaffenheit der ersten, mehr oder minder lange. Dies hindurchwinden, die Eingepferchttheit, die muffige Atmosphäre, das alles schafft Gemütsstimmung, und so vergeht kein Tag ohne Krampf. Auf den Omnibussen ist es womöglich noch schlimmer. Eine Regelung der Besetzungstärke gibt es nicht, da wird hineingehoben, als ob es Völkermare zu verkaufen gäbe. Was hilft gegen dies Sodom und Gomorra der Verkehrsordnung? Leider muß es gesagt werden: Bestimmungen, nur Verordnungen. Mit väterlichen Ratschlägen zu Disziplin und Barmherzigkeit ist nichts zu machen. Vor allem: der Wagenpark muß erweitert werden. Die doppelte, die dreifache Zahl an Wagen, und all diese Unerträglichkeiten, die so zermürbend wirken und doch so überaus leicht vermieden werden können, sind weggeblasen. Allerdings wäre es ein Schicksal für die Stadt, das Stehen zu verbieten, ohne die zwangsläufig in den Gängen aufgestellten mit Eichen zu versorgen. Man stelle sich vor, das Verbot träte ab morgen in Kraft. Die Witze des Berliner möchte man sehen, dem, um Mittagspause und innere Balance geprellt, vom Trittbrett der Autobusse, Zug um Zug, das Radwort entgegenkommt: Achtung — befehl! In den Haltestellen gäbe es tagtäglich wilde Sturmgewitter, und die Ueberfallkommandos der Schutzpolizei wären ohne Unterbrechung in Tätigkeit. Um jeden freigeordneten Platz würden Schlächter entbrennen: „Mann gegen Mann, Weib gegen Weib . . .“

Wenn, nehmen wir an, 20 000 Leute mit dem Autobus fahren wollen, kommt man nicht mit 15 000 Sitzen aus. Eher immerhin umgekehrt. Aber man könnte ja zur Stimmungsaufhebung eine Abstimmung unter den Interessierten veranstalten lassen. Stehen oder Nichtstehen, das ist hier die Frage . . .

Die neuen Wagen der Uboag. Seit Sonntag läuft auf der Linie 8 (Stettiner Bahnhof—Steglich) auch der zweite Londoner Probeautobus mit offenem Verdeck. Dieser Wagen wird gleichfalls, wie die beiden anderen Probestypen, dem Publikum auffallend bevorzugt. Wie die Direktion der Uboag mitteilt, sind seit Dienstag auf der Autobuslinie 29 (Rantow—Reutahn) zwei neue Wagen mit offenem Verdeck und auf Linie 11 (Neuföhn—Roabit) ein neuer Wagen, deren Karosserien sämtlich auf sogenannte Riederfahrgerüste montiert sind, in den Verkehr gestellt worden. Diese Wagen, die ein deutsches Fabrikat darstellen, sind etwas breiter und bieten dadurch im Innern bequemere Sitzmöglichkeiten.

## Geheimnisvolle Schüsse.

### Eine Liebestragödie und ein Raubakt.

In dieses Dunkel gehüllt ist noch ein Mord an einer Frau in der Kolonie Ruhleben, dem ein Selbstmordversuch des Täters folgte. Es wird uns darüber folgendes mitgeteilt:

Die Kolonie Ruhleben liegt zwischen Ruhleben und Spandau. In den späten Nachmittagsstunden kam ein Mann blutüberströmt aus dem bewaldeten Teil heraus und näherte sich einer Laube. Der Besitzer sah den schwerverwundeten Mann herantommen und eilte ihm entgegen. Stammelnd berichtete dieser, daß er eine Frau erschossen und dann versucht habe, sich selbst zu töten. Sofort wurde die Kriminalpolizei alarmiert, und bei dem schleunigen Abfluchen des Geländes fand man etwa 400 Meter weit von der Stelle, wo der Mann zusammengebrochen war, eine Frau mit einem Kopfschuß tot auf. Allem Anschein nach ist die Frau von jenem Mann vorher erschossen worden, und dann hat er versucht, sich selbst zu erschießen. Die Ermittlungen ergaben bald den Namen des Täters. Es ist der 29 Jahre alte Kaufmann Kurt Berch aus der Sigmaringenstr. 25. Er selbst hat sich einen Kopfschuß beigebracht, der ihn schwer verletzte. Die Kugel steckt noch im Gehirn, und der Schmerztrank, der noch nicht vernehmlich ist, wurde in das Staatskrankenhaus transportiert. Die tote Frau wurde als eine 48 Jahre alte Witwe Betty Hoack festgestellt.

Eine andere geheimnisvolle Schießaffäre, die ebenfalls ein Opfer forderte, beschäftigt auch die Kriminalpolizei. In der vergangenen Nacht fanden in der Andreasstraße vor dem Hause Nr. 29 Polizeibeamte und Publikum einen Mann auf dem Fahrdamm liegen, der aus einer Brustwunde stark blutete. Er wurde sofort in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, und die Ärzte stellen fest, daß er eine Schußverletzung hatte, bei der die Kugel rechts unter den falschen Rippen eingedrungen und im Magen stecken geblieben war. Der ziemlich schwer Verletzte ist ein 25 Jahre alter Techniker Heinrich Fißler aus der Petersburger Straße. Er gibt an, im Fluß des Hauses Grüner Weg 34 gestanden zu haben. Plötzlich sei ein Schuß gefallen, der ihn getroffen habe. Trotz seiner Wunde habe er sich bis zur Andreasstraße geschleppt, wo er vor dem Hause Nr. 29 zusammengebrochen sei. Er behauptet, daß seine Frau, die Grüner Weg 77 wohnt und mit ihm in Scheidung liegt, den Schuß auf ihn abgegeben habe. Ob seine Angaben auf Wahrheit beruhen, werden erst die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergeben.

## Der Hundefang in Berlin.

### Neue Bestimmungen.

Für den Hundefang im Gebiet der Stadt Berlin hat der Polizeipräsident nach Zustimmung des Magistrats neue Bestimmungen, betreffend Maulkorbzwang, erlassen, die am 1. August in Kraft treten.

Danach müssen alle Hunde, mit Ausnahme der Blindenführer-, Polizei- und Heereshunde im Dienst auf öffentlichen Straßen, Plätzen oder an Orten, wo Menschen zu verkehren pflegen, mit einem bequemen Maulkorb versehen sein, soweit sie frei umherlaufen, mit einem Halsband versehen sein, das gemäß der Viehseuchepolizeilichen Anordnung vom 13. September 1921 die genaue Adresse des Besitzers des Tieres oder eine gültige Steuerkarte trägt. Hunde, die entgegen diesen Bestimmungen ohne Maulkorb oder mit einem nicht bequemen Maulkorb oder ohne die vorgeschriebene Kennzeichnung am Halsband betroffen werden, werden von den Jagdbeamten weggeführt. Es werden also auch diejenigen Hunde, die ohne Maulkorb oder mit einem nicht vorchriftsmäßigen Maulkorb ausgerüstet an der Leine geführt oder auf dem Arm getragen werden, weggeführt bzw. beschlagnahmt. Die Tiere können an Ort und Stelle durch Zahlung

einer Leistungsgebühr (Auslösungsgebühr) in Höhe von 3 M. je Tier an den Jagdbeamten, der darüber stets eine Quittung nach Formular auszustellen hat, wieder ausgelöst werden. Weggefangene und nicht sofort ausgelöste Hunde werden durch die Jagdbeamten im Tierhort des Deutschen Tierdopplersvereins, Schilderstraße 4, Fernsprecher Königsplatz 2216, abgeleiert. Dort können sie binnen vier Tagen gegen Erlegung der Leistungsgebühr von 3 M. und der entstandenen Futterkosten durch den Besitzer wieder in Empfang genommen werden. Nach Ablauf dieser Frist werden nicht ausgelöste Hunde als „herrenlos“ oder als „Fundsache“ behandelt. Die für den Sperrbezirk, der Nikolassee, Wannsee, Köhlhagenbrück, Potsdamer Forst, Klein-Glienide-Forst, Plaueninsel und Kladow umfaßt, getroffenen Maßnahmen werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

## Kuhrtungebung des Reichsbanners.

Bei der Kuhrtungebung, die morgen, Donnerstag abend, um 8 Uhr am Reichsbanner auf dem Gendarmenmarkt veranstaltet wird, werden Reichszentralrat a. D. Warg, Reichsminister a. D. Erich Rath und Staatsminister a. D. Büdemann sprechen. Die Feier findet mit einem Fackelzug ihren Abschluß. Alle Republikaner sind zur Teilnahme an der Veranstaltung eingeladen.

## Mit 120 000 Mark geflüchtet.

Mit 120 000 Mark ist der 27 Jahre alte Buchhalter Fritz Räscher geflüchtet, der schon seit 3 Jahren bei einer Bank im Zentrum der Stadt angestellt war. Seine Führung und seine Arbeit waren so zufriedenstellend, daß er sich im Laufe der Zeit einen großen Vertrauensvorschuss erkauft. Man hatte ihm den zweiten Tresorschlüssel anvertraut. Dieses Vertrauen mißbrauchte er zu einer großen Unterschlagung. Am Sonnabend abend, als der Betrieb geschlossen wurde, schloß Räscher, wie immer, den Tresor ab und entfernte sich. Als er am Montag nicht wiederkam, erkundigte man sich bei seiner Familie und erfuhr, daß er weder am Sonnabend noch am Sonntag nach Hause gekommen war. Der Tresor wurde sofort geöffnet, und eine genaue Revision ergab, daß der Ungetreue Effekten im Werte von 120 000 Mark an sich genommen hatte. Wahrscheinlich hat er die Papiere schon einige Tage vorher verkauft oder lombardiert. Auf dem amtlichen Wege wurde das Verzeichnis der gestohlenen Effekten veröffentlicht. Der Detektiv, der eine Frau und ein Kind zurückgelassen hat, ist 1,70 Meter groß, dunkelblond, hat ein schmales Gesicht und eine schlanke Gestalt. Auf seine Ergreifung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Einemann und die große Streife der Kriminalpolizei entgegen.

## Saar- und Hessen-Kinder in Berlin.

Heute morgen traf ein Ferienkindertransport von über 700 Kindern aus dem Saargebiet und dem besetzten Rheinheffen auf dem Anhalter Bahnhof ein, um nach kurzem Aufenthalt nach verschiedenen Kurorten der Ost- und Nordsee weiterzufahren. Nach einer Begrüßung auf dem Bahnhof wurden die Kinder in die Germaniastraße in der Chausseestraße geleitet, wo sie ausgiebig verpflegt wurden. Im Café Excelsior fand ein Frühstück der Begleiter, sowie der Vertreter der Verbände und Behörden statt, bei dem u. a. der hiesige Landtagspräsident Adlung das Wort ergriff, um den Behörden seinen Dank für den herzlichen Empfang in der Reichshauptstadt auszusprechen. Zum Schluß sprach der preussische Wohlfahrtsminister Hirtl, der einige freundliche Worte an die Kinder richtete. Später wurden die Kinder dann auf den Stettiner Bahnhof geleitet, von wo aus sie ihre Reise weiter fortsetzten.

Ein neues Röntgeninstitut. Der Arzt und Röntgenologe Dr. Ranfred Fraenkel hatte zu Sonntag Vertreter der Presse zu einer Besichtigung seines neuen Röntgeninstituts eingeladen, das in den Räumen Kurfürstendamm 31 nach dem neuesten Stande der Wissenschaft und Technik eingerichtet worden ist und so zu den modernsten Instituten dieser Art gehören dürfte. Dr. Fraenkel betonte bei dieser Gelegenheit, daß in der neuen Anlage vor allen Dingen eine vorsichtige Röntgenbehandlung, die er „biopositiv“ nennt, vorgenommen werden soll. Der Gedanke, eine Heilung über den Weg einer Gesundheitschädigung herbeizuführen, sei zu verwerfen. Der neue Weg der Strahlenanwendung solle den geschwächten Körper in seiner Funktionsfähigkeit stärken. Neben der Selbstbehandlung in diesem Sinne soll das Institut aber auch der Röntgenprüfung dienen.

Verlängerung der Linie 113. Am 1. August wurde die Linie 113 — Boglowitz-Edle Turmstraße bis Lichtenberg — im Osten über den jetzigen Endpunkt Wilschstraße hinaus bis Rosenfelder Straße weitergeführt.

In einer städtischen Badeanstalt ertrunken. Am Dienstag abend 8 Uhr ertrank in der Stadt Schwimmbadanstalt in der Dennewitzstraße ein 19jähriger Mann, der angeblich im Hause Friedrichstraße 114 wohnte. Sofort angelegte Wiederbelebungsbemühungen waren vergeblich.

Die Ausstellung „Farbe und Raum“ in der Schule in der Fürbringerstraße erlangt sich nach wie vor des größten Interesses. In der letzten Woche haben über 10 000 Besucher die Ausstellung besucht. Mit Rücksicht auf den großen Andrang ist der Donnerstag als Sonderstag eingerichtet, an welchem Tage im Garten von 4 Uhr ab Konzert stattfindet. Der Eintrittspreis beträgt an diesem Tage 1 M.

Die im Jahre 1775 königl. priv. Eleonora-Apotheke, Berlin, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz, sah am 2. August auf ihr 150jähriges Bestehen zurück. Die Apotheke bestand sich ursprünglich im Hause Leipziger-Edle Kommandantenstraße und wurde erst in späteren Jahren nach dem Hause Leipziger Str. 74 verlegt. Seit dem Jahre 1906 ist sie im Besitz des Herrn Dr. Richard Döbner.

Der Fund der Auslandsdeutschen E. B. Berlin G. 2. Klosterstraße 75, teilt mit, daß er eine Nachlassenschaft errichtet hat, deren Zweck es ist, inlandsdeutschen Erben bei der Einziehung von im Ausland angefallenen Erbschaften auf gemeinschaftlicher Basis behilflich zu sein. Mittels geeigneter Vertrauensleute im Ausland sollen die Interessen der Erben gegenüber ausländischen Nachlassrichtern, Testamentsvollstreckern usw. vertreten werden.

Der Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer, Kriegsteilnehmer und Kriegsgeldbesitzer, Ortsgruppe Neutölln, veranstaltet am 9. August sein diesjähriges Sommerfest im Städtischen Parkgarten, Neutölln, Parkgartenstraße 6—11, verbunden mit Konzert, Gelang, turnerischen und Langparaden sowie Kinderbelustigungen.

## Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Im Januar 1925 wurde auf der Straße Berlin—Schneidemühl bei Stöden ein Eisenbahnattentat, bei dem 18 Personen zu Tode kamen, verübt. Der Hauptschuldige Verleberg wurde seinerzeit hingerichtet. Wegen den flüchtig gewordenen 81jährigen russischen Arbeiter Tassek konnte erst im März 1925 verhandelt werden. Er wurde wegen vorläufigen Mordes und Gefährdung eines Eisenbahntransports gleichfalls zum Tode verurteilt, jetzt aber durch Erlass des preussischen Justizministers zu lebenslänglichem Zuchthausstrafe begnadigt.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

### Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin G. 14, Sobottkestr. 27. Tel. 3 12. Gewerkschaft. Die Kameraden sehen Donnerstag abend punkt 8 Uhr am Gendarmenmarkt. Ausnahmen nur für die Kameradschaften Plauen, Weihen, Zehlendorf und Reinickendorf zulässig. Einzeln für diesen Tag angelegte Zusammenkünfte haben nach Vereinbarung der Umgebung stattzufinden. — Kameradschaft Friedrichshagen. Morgen abend 7 Uhr. Treffen der gesamten Kameradschaft vor dem Bezaubertem Freuden. 30. zum gemeinsamen Marsch nach dem Gendarmenmarkt. Sämtliche Kameraden sind eingeladen. — Kameradschaft Wilmersdorf. Donnerstag, den 6. August abend 7 Uhr. Treffen vor Rathaus am Neuen Markt. 7.30 Uhr. Marsch nach dem Gendarmenmarkt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Sobald es zu irgendeinem größeren gewerkschaftlichen Lohnkampf kommt, greift die KPD. danach, wie der Ertrinkende nach einem Strahlhalm. Die jungen Leute in der KPD-Zentrale schreiben dem sofort über die „Gewerkschaftsbureaucratie“, die den Streik nicht so „verbreitern“, daß sie ihn als erfolgverheißenden Anlauf zur „Weltrevolution“ nach Moskau melden können. Ein Streik, der den beteiligten Arbeitern auch nur den geringsten materiellen Vorteil bringt, hat nach der Auffassung in der Berliner bolschewistischen Zentrale seinen Zweck verfehlt, denn er löst die „revolutionäre Energie“.

Der „Gewerkschaftsbureaucratie“ und den Gewerkschaftsmitgliedern ist der Streik lediglich Mittel zum Zweck der Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen. Der kommunistischen Bureaucratie dagegen erscheint der Streik als Mittel zu ihren parteipolitischen Zwecken. Ginge es nach ihnen, dann dürfte kein Streik zu Ende gehen, wenigstens nicht eher, als bis er für die Arbeiterschaft verloren ist und sie der Verzweiflungsstimmung verfallen. Die gewerkschaftlichen Kämpfe verlaufen nun aber glücklicherweise nicht nach den Wünschen der KPD-Zentrale. Sie werden beendet, sobald ein annehmbar erscheinender Erfolg erzielt ist.

So groß die Freude in der Kommunistenbureaucratie über den Ausbruch eines großen Streiks ist, so groß ist der Schmerz am Ende des Streiks. Dann treten jeweils die Klagenweiber der KPD. in Aktion, jammern über den „abgewürgten“ Streik und machen ihren gepreßten Herzen gründlich Luft in den maßgebenden Blättern über die streikabwürgende Gewerkschaftsbureaucratie. So auch jetzt wieder bei der Beendigung des Streiks der 74000 Saarbergarbeiter, der „abgewürgt“ worden sei — „aus Furcht vor der Einheitsfront“. Dieses Argument ist geboren unter dem echten verstandesübenden Schmerz, der sich der KPD. ob des Endes dieses Streiks bemächtigt hat. Die Streikenden an der Saar haben nicht einmal solange im Streik ausgehalten, bis die „Rote Hilfe“ einen Wagen voll Brote für sie backen lassen und sie unter Mitwirkung eines Photographen an ihre Frauen verteilen konnte.

Dennoch erachten wir den Schmerz in der KPD-Zentrale über die „Abwürgung“ des Saarbergarbeiterstreiks als das kleinere Übel, gemessen an der Rot, in die bei längerer Streikdauer die Saarbevölkerung geraten müßte. Gewiß, die Aussicht auf eine „Einheitsfront“ unter der Leitung der KPD-Zentrale hat ihre Schrecken. Allein sie ist viel weiter entfernt, als der Hunger von den Saarbergarbeitern bei längerer Streikdauer entfernt gewesen wäre.

## Lohnkampf der Berliner Fuhrleute.

In einer stark besuchten Versammlung nahmen gestern die in dem Schwer- und Leichtfuhrwerk Beschäftigten zu dem gefällten Schiedsspruch Stellung, der eine Lohnerhöhung von 41 auf 47 M. pro Woche vorsieht, und beschloßen nach eingehender Debatte, den Schiedsspruch abzulehnen. Begründet wurde die Ablehnung damit, daß die Lohnsätze für Fuhrleute in anderen Betrieben um 4 M. pro Woche höher sind, abgesehen von den im Schwerfuhrbetriebe Tätigen bisher stets höhere Löhne als alle übrigen Fuhrleute zu verzeichnen hätten. Die Versammlung verlangte die sofortige Einstellung der Arbeit. Die Organisationsleitung widersprach diesem Verlangen mit der Begründung, daß die Erlösfrist erst am Abend des 5. August abgelaufen sei. Es müßte ein nochmaliger Versuch unternommen werden, durch Verhandlungen zur Verständigung zu gelangen. Beschlossen wurde, der Fuhrherreninnung mitzuteilen, daß die Arbeitnehmer eine nochmalige Verhandlung fordern und deshalb am Freitag abend erneut zu der Lage Stellung nehmen. Zeigen die Unternehmer kein Entgegenkommen, ist mit der Arbeitseinstellung zu rechnen.

## Gewerkschaftsfeindlicher Wäscheverleiher.

Zu der Berichtigung des Herrn Albert Grundel, Schweinmünder Straße 50, in Nr. 351 des „Vorwärts“, wird uns von der zuständigen Organisation mitgeteilt:

1. Herr Albert Grundel hat unserem Gewährsmann, als dieser sich bei ihm um Stellung bewarb, erklärt, daß er einen Revers unterschreiben müsse, daß er nicht organisiert sei und daß er sich auch nicht gewerkschaftlich organisieren würde. In mehreren Betriebsführungen wurde von den Teilnehmern die Befürchtung ausgesprochen, daß sie entlassen würden, wenn Herr Grundel erfahre, daß sie sich organisieren.

2. Die Arbeitszeit der Fuhrer beginnt um 8 Uhr morgens und endet des Abends um 8 bzw. 9 Uhr und auch später. Aber selbst wenn die Arbeitszeit das in der Berichtigung angegebene Maß (50 bis 55 Stunden) nicht überschreiten sollte, so geht sie weit über die im Tarif vorgesehene 48stündige Arbeitszeit hinaus und der Lohn, der bei der Firma Grundel 20 M. unter dem Tarif liegt, steht mit der verlangten Arbeitsleistung in keinem Einklang.

3. Für die von uns mitgeteilten Äußerungen des Herrn Grundel sind wir jederzeit in der Lage, die entsprechenden Zeugen zu bringen. Daß Herr Grundel persönlich keine Arbeiterfreundlichkeit sucht, bestätigen wir ohne weiteres, andererseits müssen wir jedoch nach den Mitteilungen unserer Gewährsmann feststellen, daß auch die Firma Albert Grundel einen großen Teil von Betrieben und Arbeiter mit Wäsche beliefert.

Die Branchenleitung der Handtuchfuhrer, Mitgliederschaft der Sektion I des Deutschen Verkehrsverbundes.

## Verhärfung des Lohnkampfes in der Textilindustrie.

München-Grabbach, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Lohnkampf in der Textilindustrie des M.-Grabbacher Bezirkes hat in den letzten Tagen eine weitere Verhärfung erfahren. Ein vom staatlichen Schlichter gefällter Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 6 Proz. vorsieht, wurde von den Arbeitgeberverbänden abgelehnt, aber nach zweimaligen Verhandlungen vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Arbeitgeber haben jetzt beschlossen, am Kündigungsstichtag Ende dieser Woche sämtlichen Arbeitern zu kündigen, soweit sie nicht zu den alten Bedingungen weiterarbeiten wollen. Von dieser Maßnahme, die einer Aussperrung gleichkommt, werden über 40000 Arbeiter betroffen.

## Lohnkampf der Bremer Ziegeleiarbeiter.

Bremen, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Ziegeleiarbeiter in Bremen und Umgegend stehen in einem Lohnkampf. Da bei Beginn der diesjährigen Ziegeleikampagne den Arbeitern nur ein Spitzenlohn von 70 Pf. gezahlt wurde, waren die Arbeiter, zumal da es sich um ein Saisongewerbe handelt, zu Ueberstunden und Akkordarbeit gezwungen, um so zu einem einigermaßen annehmbaren Lohn zu kommen. Bei Ablauf des bisherigen Lohnabkommens am 15. Juli forderten die Arbeiter eine wesentliche Verbesserung der Löhne. Die Ziegeleibesitzer erklärten jedoch, auch nicht einen Pfennig mehr bewilligen zu können. Als der Bremer Schlichtungsausschuß dann für die Zeit vom 20. Juli bis 31. Oktober eine Zulage auf den Spitzenlohn von 5 Pf. pro Stunde festsetzte, lehnten die Ziegeleiarbeiter den Schiedsspruch als vollkommen ungenügend ab, während nunmehr die Arbeitgeber, die ursprünglich keinen Pfennig Zulage geben wollten, den Schiedsspruch anerkannten. Daraufhin stellten die Arbeiter ihre Tätigkeit in den Ziegeleien ein. Nur eine Ziegelei, die einen Stundenlohn von 78 Pf. bezahlt, ist in Betrieb. Im Bremer Bauwesen macht sich schon der Mangel an Ziegeln stark bemerkbar. Die Ziegeleibesitzer haben jetzt den Schlichter um eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches ersucht.

## Von der Stilllegungsepidemie.

Dortmund, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltung des Boroper Bergwerkes gibt bekannt, daß sie sich gezwungen sieht, das ganze Werk stillzulegen. Rund 500 Arbeiter werden durch die Stilllegung, die angeblich wegen Kohlenmangel erfolgt, erwerbslos. Am Mittwoch, den 5. August hat das Kohlen Syndikat, wie verlautet, wegen Zahlungsschwierigkeiten des Boroper Bergwerkes die Kohlenlieferungen eingestellt.

## Der Achtstundentag in den Vereinigten Staaten.

(S.B.) Im „American Federationist“, dem Organ des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) veröffentlicht William Green, der Präsident der A. F. of L., einen Artikel über die Frage des Achtstundentages in den Vereinigten Staaten, in dem es u. a. heißt: „In keinem Lande nahm der Prozeß der Einführung des Achtstundentages einen schnelleren Verlauf als in den Vereinigten Staaten. Von den im Jahre 1909 vom Fabrikregister erfaßten 6 615 046 Lohnarbeitern arbeiteten nur 523 652 oder 7,9 Proz. 48 oder weniger Stunden. Im Jahre 1919 hatten von 9 096 372 Arbeitern bereits 4 418 393 Arbeiter oder 48,6 Proz. diesen Standard erreicht. Im Jahre 1921 veröffentlichte eine Industriekommission von New York einen Bericht, in dem die größten Firmen des Staates New York berücksichtigt wurden und demzufolge 60,2 Proz. der Männer und 61,9 Proz. der Frauen 48 oder weniger Stunden arbeiteten. Im Staate Massachusetts war der Prozentsatz in diesem Jahre für Männer 85,7, in Ohio 75 und in Kalifornien sogar 91 Proz.“

Obwohl keine genauen zahlenmäßigen Angaben vorliegen, kann gesagt werden, daß seit dem Jahre 1921 weitere erfreuliche Fortschritte erzielt wurden. Dies beweist neuerdings die Meldung, daß eine der größten Feste des Unternehmertums in Amerika gefallen ist: Die Standard Oil Company hat jetzt den Achtstundentag für alle ihre Betriebe eingeführt. Bis jetzt bestand noch immer in den Betrieben dieses gemächlichen Trusts seit seiner Gründung im Jahre 1859 der Zweischichtbetrieb mit einem zwölfstündigen Arbeitstag. Die Kompanie hat außerdem, damit die Löhne der Arbeiter durch ihre Reuerung nicht reduziert werden, alle Lohnsätze erhöht.

## Zur Verzweiflung getrieben.

Paris, 4. August. (S.B.) Nach einer Mitteilung des „Journal“ aus New York sind 13 Seeleute, die zur Bekämpfung des Petroleumdampfers „Chillon“ gehören und die von den Offizieren an Bord besonders schlecht behandelt wurden, in dem Augenblick, als das Schiff nach England in See ging, ins Meer gesprungen. Sechs von ihnen sind ertrunken.

## Drohender Bergarbeiterstreik in Amerika.

New York, 4. August. In Atlantic City (Phüadelphien) haben die Bergarbeitergewerkschaften am Montag beschlossen, ab 1. September in den Zustand zu treten. Da riesige Kohlenvorräte, die bis zum Januar ausreichen, auf den Halben liegen, wird mit einem langen Streik gerechnet.

## Delegiertentag der Schiffsingenieure.

Hamburg, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) In Hamburg tagte am Sonnabend und Sonntag der 16. ordentliche Delegiertentag des Verbandes der Schiffsingenieure und Seemaschinisten, eines der wichtigsten Glieder im Kreise der seemannischen Berufsverbände. Außer den Delegierten und dem Verbandsvorstand nahmen eine ganze Reihe Gäste an der Tagung teil, so u. a. Vertreter des IFA-Bundes und Abgeordnete der holländischen und dänischen Berufsorganisationen.

Der Verbandsvorsitzende Warncke erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Er gab ein anschauliches Bild über die Entwicklung der Organisation seit dem letzten Verbandstag im Jahre 1923, schilderte die Schwierigkeiten während der Inflationszeit und die Beteiligung des Verbandes an den Kämpfen der seemannischen Organisationen in der damaligen Zeit, an denen die Schiffsingenieure hervorragenden Anteil hatten. Er betonte dann weiter den freigewerkschaftlichen Gedanken.

freigewerkschaftlichen Gedanken, nicht nur dem IFA-Bund anzugehören, sondern auch dessen wirtschafts- und sozialpolitische Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen. Besonders unterstrichen wurde von dem Referenten auch die Wichtigkeit des Ausbaues der internationalen Beziehungen, an denen gegenwärtig stark gearbeitet wird. Den Berichten schloß sich eine kurze Aussprache an, die sich im gleichen Rahmen bewegte. Dem Verbandsvorstand wurde darauf einstimmig Entlastung erteilt.

Am Sonntagmorgen wurden verschiedene Abänderungsanträge zum Statut beraten. Die Abstimmung über diese Anträge ergab eine erhebliche Umstellung des inneren Organisationsbaues, durch die im wesentlichen eine Verfeinerung des Verbandsorganisationsbaues erreicht werden soll, der früher stark an die größte Zahlstelle des Verbandes (Hamburg) gebunden war. Diese innere Reorganisation des Verbandes konnte erst nach langen und zum Teil heftigen Debatten durchgeführt werden. Weiter wurde sehr eingehend über die Frage eines Ausbaues des Unterstützungswesens gesprochen. Da der Delegiertentag die Verantwortung für derartig weitgehende Unterstützungseinrichtungen, wie Sterbefälle, Erwerbslosenunterstützung, Krankenunterstützung und Erweiterung der Hinterbliebenenunterstützung, womit gleichzeitig eine wesentliche Erhöhung des Beitrages verbunden wäre, ohne Befragung der gesamten Mitgliedschaft nicht auf sich nehmen will, wurde beschlossen, daß über diese Fragen eine Urabstimmung durchgeführt werden soll.

Auf Grund eines Antrages der Ortsgruppe Bremerhaven kam es dann zu einer lebhaften Auseinandersetzung über das Verhältnis des Verbandes zum IFA-Bund. Die Ortsgruppe Bremerhaven warf dem IFA-Bund und auch dem Verband selbst vor, daß sie parteipolitisch nicht neutral seien und sich zu stark den Linksparteien angelehnt hätten. Dieser Auffassung trat der Vertreter des IFA-Bundes ganz entschieden entgegen. Den gleichen Standpunkt nahmen auch die übrigen Debattierenden ein. Die Aussprache ergab außerdem als Meinung der Mehrheit des Delegiertentages ein starkes Bekenntnis zur Republik.

Fast einstimmig wurde dann eine Entschliessung angenommen, in der sich der Verband deutscher Schiffsingenieure und Seemaschinisten zu den Grundfähen des IFA-Bundes und des ADGB. bekennet und sie auch fernerhin zu unterstützen bereit ist.

Dann wurde beschlossen, den Namen in „Verband deutscher Schiffsingenieure“ zu fügen. In dieser Abänderung liegt eine programmatische Forderung, durch die zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die Bezeichnung „Schiffsingenieure“ amtliche Anerkennung für sämtliche technischen Schiffsingenieure finden und insbesondere auch in der neuen Seemannsordnung verankert werden möge.

Alsdann hielt Freese ein Referat über das Verbandsprogramm, das sich eng an das Programm des IFA-Bundes anlehnt und von dem Delegiertentag einstimmig gebilligt wurde. Ein weiteres Referat von Beiriskowitz über das Seemannsfallgesetz wurde mit der einstimmigen Annahme einer Resolution geschlossen, in der die baldige Fertigstellung eines neuen Entwurfs zum Seemannsfallgesetz unter Berücksichtigung der von den seemannischen Organisationen beantragten Änderungen gefordert wird. Ferner beschäftigte sich der Delegiertentag mit zwei gewerkschaftspolitischen Referaten, und zwar von Garbers über Tarif-, Rechtschutz- und Tariffriedensgericht sowie von Warncke über das Betriebsratsgesetz, die beide die einstimmige Anerkennung des Delegiertentages fanden. Es wurde gefordert, mit allen Mitteln auf eine Verwirklichung des Gesetzes über die Arbeitsgerichte bei Zuständigkeit auch für die Seeleute hinzuwirken. Ebenso sollen die Spitzenorganisationen ersucht werden, darauf zu drängen, daß der Betriebsratsgedanke auch endlich in der Seemannsfallgesetz Geltung erlangt. — Dann wurden noch die Wahlen des Verbandsvorstandes vorgenommen. Mit einer Stimme Mehrheit wurde Freese, Vorsitzender der Hamburger Ortsgruppe, gegenüber dem bisherigen Verbandsvorsitzenden Warncke zum 1. Vorsitzenden gewählt. Freese nahm das Amt vorbehaltlich der Zustimmung seiner Hamburger Ortsgruppe an. Zum 2. Vorsitzenden wurde einstimmig Garbers-Hamburg gewählt. Damit war die Tagesordnung erledigt. Der nächste Verbandstag soll in Bremen stattfinden.

Stemens-Danzian, Stellung Gezielte Demagogie vormittag 10 Uhr am Bohlenhof Südstadion Veranlassung. Günstige Kollegen müssen sich melden! Der Betriebsrat.

## Aus der Partei.

### Neuanmeldungen zum Internationalen Kongreß.

Die Liste der Anmeldungen zum Internationalen Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris ist immer umfangreicher. Aus der Zahl der neuangemeldeten Delegationen greifen wir noch die folgenden heraus.

Die sozialistische Partei Spaniens entsendet 4 Delegierte, darunter Julian Besteiro und Fernando de los Rios. Die amerikanische sozialistische Partei hat zwei weitere Delegierte und zwei Gastdelegierte sowie drei Vertreterinnen zur internationalen Frauenkonferenz angemeldet, so daß die amerikanische Delegation aus insgesamt 13 Mitgliedern bestehen wird. Palästina (Palästina) entsendet 11 Delegierte unter Führung des Verbandssekretärs B. Loder.

### Ein italienisches Informationsbureau in London.

Unter der Leitung des ehemaligen sozialistischen Abgeordneten Dino Rondani ist in London ein italienisches Informationsbureau (Italian Labour Research Bureau) gegründet worden, das in Verbindung mit der italienischen Arbeiterbewegung steht und auch als Vertretung des neu zu gründenden Studieninstituts der italienischen Arbeiterbewegung, des „Istituto Giacomo Matteotti“ fungieren soll. Das Bureau gibt ein Pressebulletin heraus, das wahrheitsgetreue Nachrichten über die Zustände in Italien unter der sozialistischen Herrschaft verbreitet. Die Adresse des Bureaus ist London, 4/5 Warwick Court, High Holborn, W. C. 1.

Verantwortlich für Inhalt: Carl Reuter; Schriftföhrer: Kurt Salomon; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Glöckner; Postleitet: Dr. John Schramm; Dolmetscher und Entliner: Fr. Kersch; Anzeigen: Fr. Glöckner; Redaktion: Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW. 11, Zandstraße 2.

**Edolf Hoffmann**  
**Episoden und Zwischenrufe**  
aus der Parlaments- und Ministerzeit.  
Preis 1 Mark, Porto 5 Pfennig.  
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.  
**Läuse**  
Wespen Schwaben Schmeißer Käfer  
Zerstört nur sofort unter Garantie.  
Edolda „A“, „B“, „C“, „D“, „E“  
zu haben in Apotheken und Drogerien.  
Paul Bremer, Berlin NO 55  
Chelinger Str. 3. Tel. Humboldt 1568.

**Friedrich-Ebert-Medaille**  
Eobden erdienen Plakette aus edler  
polierender Glodenbrone, 9 cm Durchmesser,  
garantiert hervorragende Kunstbildhauer-  
arbeit. Preis für jedes Exemplar. Bei  
Einschreiben oder Boteu März 1930. Bei  
Einsendung oder Nachnahme. Mitglieder-  
rabatt in ganz Deutschland gesucht.  
Egon G. m. b. H., Berlin - Weißensee 5.  
**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsdorfer Str. 96-98  
Fernsprecher: Norden 1198  
Fillale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4 - Tel. Pilsburg 9831  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-  
und Signalanlagen - Verkauf aller  
elektrischer Bedarfartikel -  
Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Radio auf Miete!**  
Nur erstklassige Apparate nach Original-Telefunken-  
Patenten gebaut und von der Reichspost genehmigt.  
Miete der kompletten Anlage inkl. Antenne und Original Saba-Kopfhörer  
monatlich 5 Mark  
Fachmännische Anbringung der Anlage ist in dem  
Mietpreis einbegriffen.  
Nach einjährigem Abonnement geht die Gesamtanlage in das  
Eigentum des Abonnenten ohne weitere Vergütung über.  
Besuchen Sie unverzüglich unsere Vorführungsräume: 1. Berlin S 42,  
Ritterstr. 11 - 2. Charlottenburg, Uhlandstr. 27, nahe Kurfürstendamm  
(Läden) oder verlangen Sie kostenlos Vertreterbesuch  
**Deutsche Funktelefon-Vermietungs-G.m.b.H.**  
Berlin S 42, Ritterstr. 11. Westplatz 2993, 2990, 2991, 2992, 2993.

**Gardinen**  
Sonderangebote  
Gleichen - Käufe  
in Resten  
Stores, Bettdecken  
Wädras- und  
Kleidergardinen.  
Special-Verkaufsstatt  
Neuhölln, Bergstr. 67  
am Ringbahnhof.  
**Abessiner-Pumpen.**  
Wöhren, Filter,  
Ersatzteile.  
Preisliste gratis  
Koblenz & Co.  
Pumpenfabrik  
Berlin S 52  
Reichen-  
dorfer Str. 28.

**Haben Sie Wanzen? Mothesin.**  
Se geträumten Sie Mothesin.  
Unschätzbare Spezial-Mittel zur radikalen Beseitigung der  
Wanzen und deren Eier. Mothesin fñhrt und tñhnt alle Wanzen.  
Preis Flasche 1,-, 2,50 und 4,- M. Nur allein echt bei  
Arth. Mothes, Berlin N. 21, GutsMuths-Strasse 41,  
Sep. Schwaben, Kuffen, Franzos. u. Fñhrt um. Watten nebst Druck  
beil. nur meine als vorzñgl. avert. Spezial-Mittel in G. a. 1,- M.  
**Vollmilch**  
sofort täglich bis 20 000 Liter,  
gute, haltbare, an Milchgeschäfte  
— und Fabriken abzugeben —  
**Meierei Humboldt**  
Berlin N. 54, Zionskirchstr. 38  
Telephon: Humboldt 3209/3018.